

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Helga Daub,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 15/3118 –**

### **Für eine Wiederherstellung der Wettbewerbsordnung in Teilen der deutschen Volkswirtschaft**

#### **A. Problem**

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verfestigt strukturelle Anpassungsdefizite oder verhindert ihre Überwindung durch Regulierung oder Sicherung von Monopol- und Kartellinteressen.

#### **B. Lösung**

Rückbesinnung auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft: Markt und Wettbewerb müssen wieder Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung werden, die Wohlstand und Arbeitsplätze schaffen.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Mehrheit der Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei zwei Stimmenthaltungen aus der Fraktion der CDU/CSU**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag – Drucksache 15/3118 – abzulehnen.

Berlin, den 26. Januar 2005

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**

**Dr. Rainer Wend**  
Vorsitzender

**Karl-Josef Laumann**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Karl-Josef Laumann

### I. Überweisungen und Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/3118 ist in der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. September 2004 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden.

Der **Rechtsausschuss** (69. Sitzung) und der **Finanzausschuss** (84. Sitzung) haben den Antrag am 26. Januar 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP seine Ablehnung empfohlen. Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** (57. Sitzung), der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** (89. Sitzung) und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** (61. Sitzung) haben den Antrag am 26. Januar 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/3118 wird die Bundesregierung aufgefordert, sich in ihrer Politik wieder auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zu besinnen. Statt die Wirtschaft durch Eröffnung von Freiräumen für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen und den Wettbewerb zu stärken, verfestige die Politik der Bundesregierung strukturelle Anpassungsdefizite oder verhindere deren Überwindung durch Regulierung oder die Sicherung von Monopol- und Kartellinteressen. Der systematischen Verselbständigung von Teilordnungen, vor allem der Gesundheits- und Sozialsysteme, müsse Einhalt geboten werden. Der Verantwortungsverwischung durch korporatistische Institutionen solle ebenso entgegengewirkt werden wie industriepolitischen Ad-hoc-Interventionen. Stattdessen müsse der Staat auf seine Kernaufgaben zurückgeführt werden. Die Steuer- und Abgabenlast sei nachhaltig zu reduzieren und das Steuerrecht radikal zu vereinfachen, wobei das Ziel sein müsse, dass sowohl Staats- als auch Abgabenquote als auch der Spitzensteuersatz 35 Prozent betragen. Die öffentlichen

Finanzen müssten nach dem Willen der Antragsteller wieder auf eine solide Basis gestellt werden, die Märkte – vor allem die Arbeitsmärkte – seien zu flexibilisieren und der Wettbewerb müsse wieder gestärkt werden: Vor allem durch den Verzicht auf vergabefremde Vorschriften im öffentlichen Auftragswesen, die Verkürzung der Laufzeit der Monopolbereiche der Post, die Zurückziehung der Regelungen zur Einzelweisungsbefugnis im TKG, die konsequente Umsetzung der EU-Richtlinien Strom und Gas bei der weiteren Deregulierung der Energiemärkte und das Aufgeben der Initiative zur Verminderung des Wettbewerbs im Pressebereich bei der 7. GWB-Novelle.

Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechende Drucksache verwiesen.

### III. Beratung und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat die Beratung der Vorlage in seiner 83. Sitzung am 26. Januar 2005 aufgenommen und abgeschlossen.

Im Ergebnis der Beratungen hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Mehrheit der Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei zwei Stimmenthaltungen aus der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/3118 zu empfehlen.

Die Vertreter der Fraktion der FDP betonten bei der Antragsbegründung, dass die Grundachsen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung falsch ausgerichtet seien und man deshalb konkrete Vorschläge unterbreite habe, um die Wettbewerbsordnung wiederherzustellen und zu stärken.

Die Fraktion der SPD begründete ihre Ablehnung unter anderem mit dem Hinweis, dass die Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik der Bundesregierung fortschrittlicher und liberaler sei als die der FDP, wie etwa die Novellierung des UWG, Veränderungen im Bereich des Ladenschlusses und auch die Novellierung des TKG zeigten.

Die Vertreter der Fraktion der CDU/CSU hielten zwar einige Vorschläge der Fraktion der FDP für richtig, lehnten den Antrag allerdings vor allem im Hinblick auf die geforderten 35 Prozent bei Staatsquote, Abgabenquote und Spitzensteuersatz ab: Dies sei angesichts der Staatsfinanzen nicht realisierbar und entspreche deshalb nicht der Konzeption der Union.

Berlin, den 26. Januar 2005

**Karl-Josef Laumann**  
Berichterstatter

